

steriums. Nach der Rückgabe Macaus an China wird der MAC ein Büro für Macau-Angelegenheiten (*Aomen shiwu chu*) nach dem Muster seines Büros für Hongkong-Angelegenheiten einrichten. Macau-Angelegenheiten, so Li, würden vom Außenministerium schon langsam auf den MAC verlagert. Seiner Meinung nach werden Taiwans Beziehungen zu Macau noch enger werden als zu Hongkong. Der gegenseitige Handel mache bereits über 700 Mio. US\$ im Jahr aus. Im letzten Jahr kamen 900.000 Besucher aus Taiwan nach Macau, nur noch übertroffen von Touristen aus Hongkong. (Central News Agency, Taipei, 20 Jan 99, in SWB, 22 Jan 99) Die der KPCh nahestehende Hongkonger Zeitschrift *Wide Angle* berichtete in ihrer Januar-Ausgabe über das Büro und stellte William Li vor. (GJJ, 1999/1, S.86f.) -ljk-

45 Überschuß in der Handelsbilanz 1998

Nach vom Macao Census and Statistics Department veröffentlichten Zahlen betrug der Überschuß in der Handelsbilanz in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres 1,2 Mrd. Patacas (150 Mio. US\$), 232,4% mehr als in der gleichen Periode 1997. Exporte in dem Zeitraum machten 15,4 Mrd. Patacas (1,93 Mrd. US\$) aus, das sind auf Jahresbasis gerechnet 0,6% weniger als 1997. Eingeführt wurden Waren im Wert von 14,2 Mrd. Patacas (1,78 Mrd. US\$), was eine Abnahme um 6% bedeutet. Textilien und Kleidung blieben die Hauptausfuhrgüter, die in den elf Monaten 84,5% aller Exportwaren ausmachten. Die meisten Exporte gingen in die USA und die EU. Importe stammten meist aus dem asiatisch-pazifischen Raum, einschließlich der VR China und SVR Hongkong, die mit 56,2% die Hauptlieferländer waren. (XNA, 22.1.99) -ljk-

Taiwan

46 Diplomatische Beziehungen mit Mazedonien aufgenommen

Die überraschende Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der „Republik China“ auf Taiwan und Mazedonien geriet Ende Januar zu einer Politposse mit Unterhaltungswert.

Am 27.1. gab der taiwanische Außenminister Jason Hu (Hu Zhiqiang) in Gegenwart seines mazedonischen Amtskollegen Alexander Dimitrov die Aufnahme der Beziehungen mit dem einstigen jugoslawischen Bundesstaat bekannt; beide unterzeichneten ein entsprechendes gemeinsames Kommuniqué. Mazedonien unterhielt bislang diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China. Das Land ist damit nach dem Vatikan das zweite in Europa, das sich gegen die üblichen Beziehungen mit der Volksrepublik China entschied. Die Zahl der Staaten, die die Republik China anerkennen, belief sich damit Ende Januar auf 28. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 28.1.99; SCMP, 28.1.99)

Der überraschende – wenn auch bescheidene – Erfolg der taiwanischen Diplomatie zeigte jedoch bald darauf Aspekte, die ihn als eher wacklig erscheinen lassen. Kaum wurde die Neuigkeit in Mazedonien selbst bekannt, meldete sich dort Präsident Gligorov beim chinesischen Botschafter: Er sei über die Entscheidung für Taiwan nicht informiert worden. Mazedonien bleibe bei seiner Position, wonach die Regierung der Volksrepublik China die einzige legitime Vertretung des chinesischen Volkes und Taiwan ein unveräußerlicher Teil Chinas sei. In Taipei beeilte sich daraufhin Außenminister Hu zu erklären, man sei von der Haltung des mazedonischen Staatsoberhauptes nicht überrascht. Laut mazedonischer Verfassung habe der Präsident aber nicht das Recht, Entscheidungen des Premierministers und des Kabinetts aufzuheben. Im übrigen seien die ersten Kontakte mit Mazedoniens einstiger Opposition und jetziger regierenden „Partei der demokratischen Alternative“ bereits vor etwa einem Jahr aufgenommen worden, als die Sozialdemokratische Allianz, der der Präsident entstammt, noch an der Macht war, und die Amtszeit von Präsident Gligorov, der der Nachfolgeteil der einstigen Kommunisten angehört, laufe im September aus. Gligorov war die Sache immerhin so wichtig, daß er sich am 29.1. mit einer Fernsehansprache an das Volk wandte. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 29.1.99; SCMP, 29.1.99; NZZ, 1.2.99)

Mitten in die herrschende Verwirrung über die eigentliche Position Mazedoniens platzte am 29.1. eine weitere Nachricht: Demnach habe sich Taiwan die Freundschaft des neuen Verbündeten mit Investitionszusagen im Wert von 1,6 Mrd. (nach anderen Meldungen 1 Milliarde) US\$ erkaufte (Central

News Agency, Taipei, nach SWB 1.2.99, SCMP, 30.1.99). Außenminister Hu verweigerte hierzu jeden Kommentar, während ein Sprecher des Außenministeriums auf widersprüchliche Angaben in den Presseberichten hinwies und betonte, man müsse die Sache zunächst mit Außenminister Dimitrov abklären. Einem anderen Bericht zufolge gab es keine festen Zusagen von taiwanischer Seite (SCMP, 30.1.99). Präsident Gligorov erklärte sogleich, Mazedonien verkaufe sein Ansehen nicht für ein bißchen Geld. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 1.2.99).

Daß Taiwan seinem neuen Verbündeten erhebliche finanzielle Versprechungen machte, kann als gesichert gelten, zumal Außenminister Dimitrov die ökonomischen Gründe für die neue Partnerschaft besonders herausstrich, und es wäre nicht das erste Beispiel dieser Art. Die sogenannte Dollardiplomatie der Republik China – die im übrigen von seiten der VR China in gleicher Methode konterkariert wird – wirkt daher vor allem bei finanzschwachen, kleinen Ländern, für deren Wirtschaft und Staatshaushalt Summen der Größenordnung, wie sie Taiwan bietet, eine im Wortsinn entscheidende Rolle spielen.

Im vorliegenden Fall allerdings kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, daß die taiwanischen Diplomaten auf besonders leichtgläubige mazedonische Partner stießen. Taiwanesische Geschäftsleute jedenfalls erkannten wesentliche Hürden für größere investive Engagements in dem kleinen und armen, seehafenlosen Land: mangelnde Vertrautheit mit dem Balkan und speziell mit Mazedonien, die geographische Entfernung und die zögerliche Wirtschaftsentwicklung in Mazedonien. (SCMP, 30.1.99) -hws-

47 US-Raketenabwehr und U-Boote für Taiwan?

Nachdem Nordkorea Ende August 1998 eine ballistische Rakete über Japan hinwegfeuerte, gewannen seit 1994 bestehende amerikanische Überlegungen, Japan und Südkorea mittels eines neu zu entwickelnden Raketenabwehrsystems zu schützen, an Dringlichkeit. Ein für das Verhältnis der USA zu China besonders heikler Aspekt ist dabei die Frage, ob Taiwan in diesen Schutzschild einbezogen werden soll. Angesichts der Tatsache, daß Taiwan bereits durch mehrere hundert Raketen bedroht wird, die China in den letzten Jahren auf seiner

Seite der Taiwanstraße positionierte, wäre der Nutzen einer funktionierenden Raketenabwehr für Taiwans militärische Sicherheit enorm. Die Inselrepublik wäre dann von festlandschinesischer Seite aus kaum mehr erforschbar. Immerhin hatte China im Vorfeld der Präsidentenwahl des Jahres 1996 Raketen in Richtung Taiwan abgefeuert, um die Bevölkerung und vor allem die Pro-Taiwan-Opposition einzuschüchtern. (IHT, 23./24.1.99)

Im Januar wiesen maßgebliche Stimmen in Taiwan jedoch auf ungeklärte Fragen hin. So erklärte Außenminister Jason Hu (Hu Zhiqiang), es sei noch nicht zu erkennen, ob es sich bei dem Raketenabwehrsystem (englisch: Theatre Missile Defense – TMD) um eine Wunderwaffe oder um ein finanzielles schwarzes Loch handeln werde. Er forderte die USA auf, das System unter dem Blickpunkt der Sicherheitsanforderungen jedes einzelnen möglichen Mitglieds zu bewerten. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 9.1.99).

Ähnlich äußerte sich auch das Verteidigungsministerium: Man sei dabei, den Verteidigungswert gegen die erheblichen Systemkosten abzuwägen. Ein Urteil könne jedoch einstweilen nicht gefällt werden, da noch wesentliche Informationen fehlten. Zuvor hatten Oppositionsparlamentarier bereits die Befürchtung geäußert, daß das Programm so viele Verteidigungsmittel binden würde, daß die Rüstung in anderen Bereichen darunter leiden müßte. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 13.1.99; SCMP, 12.1.99)

Die Möglichkeit, daß Taiwan in ein US-amerikanisches Waffensystem einbezogen werden könnte, löste erwartungsgemäß scharfe Reaktionen auf festlandschinesischer Seite aus. Chinas Souveränität würde damit beeinträchtigt, zudem wäre China genötigt gegenzurüsten. (*Wenhui Bao*, nach SWB, 12.1.99).

Tatsächlich dürfte die Skepsis auf taiwanischer Seite nicht nur auf einem momentanen Informationsmangel beruhen. So verlockend die Idee eines Raketenschutzschildes für die Insel sein muß, würde sich Taiwan verteidigungsmäßig damit jedoch auch von einer fremden Macht – den USA – abhängig machen und sich den politischen Unwägbarkeiten ausliefern, die aus den Beziehungen zwischen den USA und China resultieren. Schließlich ist klar, daß das geplante TMD-System nur wirken kann, wenn auch der glaubwürdige politische Wille vorhanden ist, es einzusetzen. Hierüber

könnte Taiwan jedoch nicht allein bestimmen. Die finanzielle Belastung durch ein solches System – wenn es denn überhaupt realisiert werden kann – liefe obendrein einem rüstungspolitischen Prinzip Taiwans zuwider, nämlich technisch eine möglichst große Autarkie zu erreichen: Die gleichen Ausgaben, in die Entwicklung eigener Rüstungsprojekte gesteckt, würden Taiwan womöglich ebensolchen Sicherheitsgewinn, auf jedenfall aber mehr Unabhängigkeit verschaffen.

In diesem Zusammenhang sind weitere Nachrichten aus Taiwans Rüstungssektor zu sehen. So wurde am 11. Januar ein größerer Durchbruch bei der Entwicklung neuer Luftabwehrraketen der Marke „Sky-sword“ gemeldet. Diese Waffen, einst als Luft-Luft-Raketen konzipiert, sollen jetzt auch land- und seegestützt verwendet werden können, wozu der Senkrechtstart technisch beherrscht werden muß. Die technische Entwicklung obliegt dem Chungshan Institute of Science and Technology (CIST). (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 13.1.99)

Nach wie vor auf ausländischen Technologietransfer ist Taiwan allerdings bei U-Booten angewiesen. Der Inselstaat verfügt nur über deren vier, von denen zwei aus dem 2. Weltkrieg stammen und nur noch zu Schulungszwecken brauchbar sind. Die beiden anderen wurden 1982 in den Niederlanden gekauft, sind also auch bereits 17 Jahre alt. Geplant ist nun die Beschaffung von sechs bis zehn neuen U-Booten, wobei ein indirekter Technologietransfer aus Deutschland über die USA erfolgen soll: Die Konstruktion soll auf derjenigen der deutschen 209-Klasse beruhen, die als weltweit führend für dieselbetriebene U-Boote gilt. Die Schiffsrümpfe sowie ein Großteil der Ausrüstung würden von den USA geliefert; die Fertigstellung würde unter der Regie des CIST sowie der China Shipbuilding Corporation jedoch in Taiwan erfolgen. Die Inbetriebnahme sei um das Jahr 2005 geplant. Zweck der Boote, die bis zu 50 Tage unter Wasser bleiben können, sei die Verteidigung der Küstengewässer. Taiwan erwartet offenbar einen Durchbruch in den Verhandlungen mit den USA bis Ende des Jahres. (Kyodo News Service, Tokyo, nach SWB 19.1.99; SCMP, 19.1.99; *Lianhe Bao*, Taipei, nach SWB, 20.1.99) -hws-

48 Taiwan startet ersten eigenen Satelliten

Am 26. Januar (27. Januar in Taiwan) hob in Cape Canaveral, Florida, eine Rakete ab, die den ersten rein taiwanischen Satelliten in eine 600 km hohe Erdumlaufbahn beförderte. „Rocsat-1“ umkreist die Erde 14,9 mal am Tag und soll dabei Aufnahmen vom Ozean rund um Taiwan an die Leitstelle in Hsinchu (Xinzhu) übermitteln. Zweck des 83 Mio. US\$ teuren Instruments ist die Kontrolle des Planktons und der Meeresverschmutzung. Demnach werden die gewonnenen Erkenntnisse der Fischerei zugute kommen. Eine militärische Zweckbestimmung wurde vom nationalen Wissenschaftsrat Taiwans ausdrücklich bestritten. Gleichzeitig wurde jedoch bekannt, daß für das Jahr 2002 der Start von „Rocsat-2“ vorgesehen ist, in dem eine Kamera mit einer Auflösung von 2 Metern auch militärische Objekte an der Festlandküste der Taiwanstraße identifizieren können soll. „Rocsat-1“ soll im März seinen eigentlichen Betrieb aufnehmen und zwei Jahre lang Daten liefern. Gebaut wurde der Trabant in Kalifornien. Taiwan lieferte dazu eigene Ausrüstung im Wert von 22 Mio. US\$. Die Gesamtkosten des Projekts (inklusive Transport ins All) belaufen sich auf 101 Mio. US\$. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 28.1.99; SCMP, 28.1.99; *Zhongguo Shibao*, Taipei, nach SWB, 30.1.99) -hws-

49 DPP diskutiert Revision des Parteiprogramms, Öffentlichkeit diskutiert Einführung von Plebisziten

Nach ihrem schlechten Abschneiden bei den Wahlen am 5. Dezember (C.a., 1998/12, S. 1334-1337) befindet sich die wichtigste Oppositionspartei Taiwans, die Demokratische Fortschrittspartei (Democratic Progressive Party, DPP), auf der Fehlersuche. Dabei geht es unter anderem um die Frage, ob das Ziel eines unabhängigen Staates Taiwan aus dem Parteiprogramm gestrichen werden soll. Aber auch die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Fragen der Parteimitgliedschaft und der Parteisatzung befinden sich auf dem Prüfstand.

Um notwendige Änderungen zu diskutieren und vorzuschlagen, war im Dezember eine besondere Kommission gebildet worden, die am 25.12.98 zum ersten Mal tagte. Der am 30.12.98 neu gewählte Generalsekretär You Hsi-kun (You Xikun) erklärte unterdessen, er befürworte eine Generalrevision der

strittigen Plattform, die sich für die Unabhängigkeit Taiwans ausspricht, um die Partei so für breitere Kreise wählbar zu machen. Im Hintergrund steht die Gefahr einer chinesischen Militärintervention, denn die Regierung der VR China wird eine Unabhängigkeit Taiwans erklärtermaßen militärisch zu unterbinden versuchen. Entsprechend bestehen in der Bevölkerung Ängste, ein Wahlerfolg der DPP könnte den Status quo, mit dem die „Republik China“ bisher gut zurecht kam, gefährden. (Central News Agency, Taipei, nach SWB 1.1.99)

Aufsehen erregte dann am 4. Januar eine Fernsehdebatte, bei der führende Vertreter der DPP über die Frage diskutierten, wieviel das Unabhängigkeitsziel zum schlechten Wahlergebnis beitrug und ob eine Revision nötig wäre. Die Meinungen hierzu waren geteilt. Einigkeit herrschte jedoch darin, daß die DPP die Sorgen der Bevölkerung vor einer militärischen Konfrontation mit China ernst zu nehmen habe und daß daher nicht jedes Mittel auf dem Weg zur Unabhängigkeit Taiwans recht sein könne. (SCMP, 4.1.99)

Die Debatte innerhalb der DPP hängt direkt zusammen mit einem Thema, das derzeit auch unter den Parteien diskutiert wird: der Einführung von Volksabstimmungen. Diese waren von der herrschenden Kuomintang (Guomintang, KMT) bisher stets abgelehnt worden. Inzwischen scheint sich auch dort ein Umdenken anzubahnen: Plebiszite könnten dazu dienen, Schwächen der parlamentarischen Demokratie auszugleichen. Lien Chan (Lian Zhan), Vizepräsident der Republik, deutete bereits an, daß die Regierung die Machbarkeit von Referenden untersuchen lasse. In einer Fernsehdebatte am 10. Januar wies ein Vertreter der Partei für ein Unabhängiges Taiwan (Taiwan Independence Party) jedoch darauf hin, daß ein Plebiszit über die Frage der Unabhängigkeit des Landes in dem Fall nicht ausgeschlossen werden könne. Eine solche Abstimmung zählt zu den Kernforderungen der DPP, wird aber von festlandschinesischer Seite als Angriff auf die (fiktive) staatliche Einheit Chinas heftig bekämpft. (Central News Agency, Taipei, nach SWB 12.1.99) -hws-

nen Treffen mit hochrangigen Politikern der Insel, darunter Präsident Lee Teng-hui (Li Denghui) und der Vorsitzende der Oppositionspartei DPP, traf Wei auf wohlwollende Gesprächspartner unter anderem aufgrund seiner Forderung, daß die Taiwaner – ebenso wie die Tibeter – selbst über ihre Zukunft entscheiden sollten. Während in der demokratisch orientierten Opposition auf dem Festland weithin die offizielle Position geteilt wird, wonach Taiwan sowieso ein Teil Chinas ist, überraschte Wei mit seinem konsequenten Eintreten für Demokratie und Selbstbestimmung auch für Teile Chinas. Wei gab als Hauptziel seiner Reise an, die bisherigen Brüche zwischen der chinesischen Demokratiebewegung und Taiwan beseitigen zu wollen. Dies scheint ihm gelungen. Das Joint Committee for China's Overseas Democratic Movement, dem Wei vorsteht, erwägt denn auch, in Taipei ein Verbindungsbüro zu eröffnen.

Derzeit fehlt dazu noch das Geld. Hoffnungen, aus Taiwan mit einem prall gefüllten Spendensäckchen zurückkehren zu können, erfüllten sich nicht. Generell beklagte er, daß das Interesse der Taiwaner an der chinesischen Demokratiebewegung nur schwach ausgeprägt sei.

Wenn Weis Besuch auch nicht überbewertet werden darf, ist doch denkbar, daß er längerfristig eine Annäherung zwischen Taiwan und den exilierten chinesischen Demokratieaktivisten nach sich ziehen wird. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 4., 5.1.99; *Zhongguo Shibao*, nach SWB, 8.1.99, SCMP, 4.1.99) -hws-

50 Wei Jingsheng besucht Taiwan

Am 3. Januar schloß der von China ins Exil geschickte Oppositionelle Wei Jingsheng einen zweiwöchigen Taiwanbesuch ab. In verschiede-